

AKTUELL

STUDIENBEIHILFEN

Wenn zwei sich streiten ...

David Angel

... freut sich der Minister. Claude Meisch will das Gesetz zu den Studienbeihilfen am nächsten Donnerstag verabschieden lassen. Der Zoff in und zwischen den Studentenorganisationen könnte ihm dabei zu Hilfe kommen.

„Wir konnten mit unserer Studie absolut klarstellen, dass dieses Gesetz ein schlechtes Gesetz ist“, erklärte Joël Adami vom Aktionskomitee 6670 nach der Auswertung der Studie zu den realen Lebenshaltungskosten Studierender aus Luxemburg. Nachdem während der gesamten Debatte um die Studienbeihilfen immer wieder auf fehlende Daten zur Lebens- und Studiensituation von Luxemburger StudentInnen verwiesen worden war, hatte das Aktionskomitee die Initiative ergriffen.

1.614 Fragebögen zu Einkünften, Studienort oder Ausgaben für Miete, Lehrmaterial und Lebenshaltungskosten waren ausgefüllt und zurückbehalten worden. Besonders überraschend sind die Resultate nicht: Die Gesamtausgaben fallen je nach Studienort unterschiedlich aus. So gibt ein StudentIn in Belgien durchschnittlich etwa 840 Euro im Monat aus, ein StudentIn in der Schweiz bis zu 1.440. Kosten, die selbst bei Erhalt aller möglichen „Bourses“ (7.500 Euro im Jahr, 625 Euro im Monat) nicht gedeckt wären. Wobei der Maximalbetrag der Studienbeihilfen laut Studie gerade einmal 0,2 Prozent der Studierenden zustünde.

Das Aktionskomitee streicht auch heraus, dass 37 Prozent der Studierenden aus Luxemburg von ihren Eltern nicht finanziell unterstützt werden. Die Umfrage stellt die Mobilitätsbeihilfe, die für StudentInnen vorgesehen ist, die in einem anderen Land studieren als dem, in dem sie ihren Wohnsitz haben, infrage: Ein Viertel der Befragten aus Luxemburg gibt an, hierzulande zu studieren, jedoch nicht mehr bei den Eltern zu wohnen. Vom vollen Betrag der Sozialbeihilfe, die nach Einkommenskriterien gestaffelt werden soll, könnten laut Studie nur 5,3 Prozent der Studierenden profitieren.

Als direkte Folgerung aus der Studie schlägt das Aktionskomitee ein einjähriges Moratorium für das Gesetz 6670 vor, damit die Resultate der Erhebung in ein neues Gesetzesprojekt einfließen können. Wer noch vor dem Sommer eine Entscheidung zu den

Studienbeihilfen durchdrücken wolle, verdeutliche damit, dass es nicht um ein gutes Gesetz, sondern einzig „um möglichst hohe Einsparungen“ geht.

Die Acel, direkte Konkurrentin der Unel im Kampf um die Vertretungshoheit bei den Studierenden, bekundete während einer Pressekonferenz in den Räumlichkeiten ihres „Partners“ Deloitte ihre Zufriedenheit mit dem abgeänderten Gesetzestext. Auch wenn es immer noch Verbesserungsbedarf gebe, habe doch der konstruktive Dialog, den die Organisation in den letzten Monaten geführt habe, seine Früchte getragen. Erfreut zeigte sich die Acel vor allem über die Zusicherung Claude Meischs, gemeinsam mit ihr ... eine Studie zur realen Situation der StudentInnen aus Luxemburg ausarbeiten zu wollen. Sollte das Gesetz 6670 deren Bedürfnissen nicht gerecht werden, könnte es überarbeitet werden.

Die „Kapitulation“ der Acel

Das Aktionskomitee zeigte sich daraufhin in einem Kommuniké „bestürzt“ über die „Kapitulation der Acel“, die immer wieder „den Weg des geringen Widerstands“ gewählt habe und den Studierenden „in den Rücken falle“. Einige Stunden später gab es ein erneutes Presseschreiben des Aktionskomitees, welches sich von den Attacken auf die Acel distanzierte und die Presse dazu aufforderte, das erste Kommuniké zu ignorieren. Die Acel ihrerseits zeigte sich „schockiert“ über die Anschuldigungen des Aktionskomitees.

Aus dem Aktionskomitee heißt es, es gebe zurzeit heftige Diskussionen zu dem Kommuniké und der Haltung des Komitees gegenüber der Acel. Während eine Fraktion innerhalb des Komitees besorgt um die zukünftigen Beziehungen zwischen Unel und Acel sei, wolle eine andere gegenüber den ständigen Angriffen auf das Aktionskomitee klar Position beziehen. Wiederholt habe die Acel ja auf die Wichtigkeit des Dialogs und die falsche Vorgehensweise des Komitees hingewiesen. Jetzt komme es aber vor allem darauf an, das Gesetz eventuell noch in letzter Minute zu stoppen. „Und dann brauchen wir alle erst einmal Ferien“ teilte ein Mitglied des Aktionskomitees mit.

SHORT NEWS

Immobilienhaie zu Fischstäbchen

(da) - Die Wohnungspreise in Luxemburg sind exorbitant hoch, das dürfte keine Neuigkeit sein. Dass das zumindest teilweise an der Spekulation mit leer stehenden Immobilien liegt, auch nicht. Auf politischer Ebene gab es bereits erste, zaghafte Versuche, gegen diese Art der Spekulation vorzugehen, indem die Gemeinden dazu angeregt wurden, eine Steuer auf leer stehende Häuser zu erheben. Die Resonanz hielt sich in Grenzen - nur vier Gemeinden im Land haben eine solche Leerstandsabgabe eingeführt. Nun regt sich aber auch die Zivilgesellschaft - zwei Projekte machen das deutlich. Zum einen soll am Samstag 12. Juli im neuen Oekozer in Pfaffenthal eine Wohnungsbaugenossenschaft gegründet werden. Zum anderen wurde Anfang dieser Woche die Homepage www.leerstandsmelder.lu in Betrieb genommen. Auf dieser Seite kann jedeR leer stehende Häuser und Wohnungen melden und die Meldung mit Fotos und einer Beschreibung der Immobilie schmücken. Auf diese Weise soll Druck auf die hiesigen Spekulanten ausgeübt werden - was den DP-Abgeordneten Guy Arendt gleich dazu brachte, sich in einer parlamentarischen Anfrage um deren Wohl und Privatsphäre zu sorgen. Nicht ohne Erfolg, denn kurz vor Redaktionsschluss hieß es, die Homepage werde nach einem Gespräch mit Maggy Nagel wieder eingestellt.

L'Atelier est allé trop loin

(lc) - Après les fleurs qu'on leur avait jetées dans le dernier dossier « Culture » du magazine Paperjam, voilà une publicité dont les patrons de l'Atelier se seraient bien passés. En effet, un confrère du quotidien « Journal » a osé se plaindre en quelques lignes des différences de traitement réservées aux membres de la presse - selon que leur média est partenaire ou non - lors du festival Rock-a-Field le weekend dernier. Ce qui lui a valu le retrait d'une accréditation pour un concert, organisé par l'Atelier également, dans la semaine. Dans une rare unité, les trois syndicats de journalistes (ALJ, SJ-L et UJL) ont condamné ces « pratiques punitives ». Bien qu'apparemment le dialogue entre la journaliste et l'organisateur soit rétabli, il reste que ces pratiques sont tout sauf nouvelles. Ainsi, le responsable culturel de la woxx, depuis le refus d'une accréditation demandée en bonne et due forme il y a quelques années - « Le concert est plein et on n'a plus besoin de pub » - n'a plus vraiment ressenti l'envie de faire accréditer un de ses journalistes ou freelances pour cette boîte devenue, on doit l'admettre, malheureusement incontournable sur le marché. C'est juste un peu curieux que les principaux quotidiens ne pipent pas un mot sur ce communiqué...

Intégration: Le CES se désole

(lc) - En 2011, le gouvernement de l'époque avait demandé au conseil économique et social (CES) de préparer un avis sur la politique d'intégration au Luxembourg. Un avis présenté cette semaine au cours d'une conférence de presse, où le conseil a évoqué les maintes difficultés qu'il a rencontré pour mener à bien sa mission. D'abord, le manque de chiffres concrets dans beaucoup de domaines - typique pour le grand-duché - l'a poussé entre autres à demander l'aide de l'université de Luxembourg. L'université a fourni deux questionnaires présentés aux différents ministères réunis dans le groupe interministériel pour l'intégration géré par l'Olai. Force était de constater que ni le ministère du Travail, ni celui de l'Intérieur n'ont daigné répondre, alors que le ministère des Affaires Etrangères a du moins fait savoir qu'il ne se sentait pas concerné par ce dossier. Partant de ces constats, le CES a fait l'inventaire des politiques d'intégration. Pour lui, le « contrat d'accueil et d'intégration » devrait être supprimé, car rarement utilisé et discriminatoire. De plus, une nouvelle haute instance disposant d'un pouvoir politique devrait être créée pour pouvoir appliquer une vraie politique d'intégration de manière transversale dans tous les ministères. De plus, les communes devraient être plus responsabilisées dans la matière. Vu la situation actuelle, on est loin du compte.